

Flucht- und Migrationsbewegung nach Europa stellt kommunale Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Organisationen vor Herausforderung

Grenzübergreifende Kooperationen bieten Lösungsansätze

Bei der Projektwerkstatt »Flucht, Asyl und Migration in Europa« trafen sich vom 2. bis 4. November 60 Akteure aus den Bereichen außerschulische Jugendbildung, Erwachsenenbildung und Europaarbeit in der Evangelischen Akademie Loccum. Das zentrale Anliegen der Engagierten und Mitarbeiter/innen aus Vereinen, Verbänden, Bildungseinrichtungen und anderen Organisationen war es, europäische Projekte und Initiativen kennenzulernen, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzen, Best Practices auszutauschen und Projektideen weiterzuentwickeln. Organisiert wurde die Projektwerkstatt von der Ev. Akademie Loccum in Kooperation mit der KS EFBB, JUGEND für Europa (JfE, Nationale Agentur Erasmus+ JUGEND IN AKTION) sowie der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA BIBB).

Hintergrundinformationen zum Themenkomplex Flucht, Asyl und Migration in Europa und der Rolle der europapolitischen Bildung in der transnationalen Zusammenarbeit zu diesen Themen boten mehrere Vorträge. Der Sozialwissenschaftler und Migrationsforscher Dr. Marcus Engler zeigte anhand von Zahlen und Grafiken die Dimensionen der Flucht nach Europa und stellte dabei heraus, dass die große Mehrzahl der Geflohenen nicht nach Europa wolle oder es nicht nach Europa schaffe, sondern in den Nachbarstaaten bleibe. Die Versorgung der Flüchtlinge in Europa sei also kein materielles Problem. Vielmehr liege der Handlungsbedarf auf politischer Ebene, insbesondere im Hinblick auf Maßnahmen in den Krisenregionen, die ungleiche Verteilung in Europa, die Entwicklung von Aufnahmeprogrammen sowie die Angleichung der Asylverfahren und die Anwendung der europäischen Asylstandards.

Die beiden letztgenannten Punkte vertiefte Judith Wind, Europabüro für kath. Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Da die EU-Politik die Rahmenbedingungen für die transnationale Flüchtlingsarbeit setze, sei es wichtig, dass sich zivilgesellschaftliche Akteure in die Debatte einmischten und Europaabgeordnete, Ministerien und NGOs, die in Ausschüssen auf EU-Ebene vertreten sind, direkt kontaktieren.

Politische Bildung als Voraussetzung für Verhandlungs- und Streitfähigkeit

In der aktuellen Situation habe politische Bildung wichtige Funktionen, so Daniel Kraft von der Bundeszentrale für politische Bildung. Sie sei der Schlüssel für die Verhandlungsfähigkeit der Menschen in den Aufnahmegesellschaften über Wandlungsprozesse und Konfliktfelder. Die politische Bildungsarbeit verfüge über die Formate und Methoden, mit denen – vor allem junge – Menschen in direkten Kontakt mit Politik und kontroversen Positionen kommen können. Wie er plädierte auch Ulrich Ballhausen, Institut für Didaktik der Demokratie der Universität Hannover, für mehr Mut in der transnationalen Zusammenarbeit, sich in konfliktträchtige Themen und Teilnehmerkonstellationen zu begeben. Streitfähigkeit zu lernen, sei ein lohnendes und notwendiges Lernziel, um die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie zu schaffen.

Während dies für Träger der außerschulischen Jugendarbeit selbstverständlich sein mag, resümierte Christine Wingert, Leiterin der KS EfBB, in ihrem Zwischenfazit, ist der grenzübergreifende Austausch in Begegnungsprojekten in der Regel stärker darauf angelegt, gegenseitiges Verständnis zu erzeugen, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und Freundschaften zu schließen. Dies sei unbestritten ein wesentliches Ziel internationaler Austauschprojekte, um zu Solidarität und Toleranz zwischen den Menschen in Europa beizutragen. Zunehmend stellten sich auch Akteure der kommunalen Partnerschaftsarbeit schwierigen Themen wie dem Euroskeptizismus und seinen Ursachen (aktuell am Beispiel des Brexit-Votums) oder der wachsenden

Fremdenfeindlichkeit angesichts der Flüchtlingszahlen in Europa. Gerade Projekte mit Beteiligten aus drei, vier oder gar mehr Ländern böten eine große Vielfalt an Positionen.

Ein Beispiel dafür ist das durch das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« geförderte Projekt CitiPART, bei dem die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V. einer von acht Partnern (aus FR, PL,



AT, HR, D) ist. Dabei geht es um die unterschiedlichen Verständnisse von Toleranz, Solidarität und Frieden in den beteiligten Ländern. In dem Projekt »Kontroversen in der europäischen Migrationspolitik« greift der Verein borderline europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V. gemeinsam mit drei Partnern aus Italien, Griechenland und Österreich das Konfliktfeld Schutzgewährung versus Grenzsicherung auf. Von kubus e.V. und Gemeinsam leben und lernen in Europa e.V. wurden Projekte vorgestellt, die die Integration von Geflüchteten in Deutschland in den Mittelpunkt stellen und mit zahlreichen lokalen Partnern zusammenarbeiten.

EU-Programme bieten Fördermöglichkeiten für (transnationale) Projektideen

Manfred von Hebel und Christoph Kriege (JfE), Torsten Schneider und Michael Marquart (NA BIBB) sowie Christine Wingert und Stefanie Ismaili-Rohleder (KS EfBB) stellten in Kurzvorträgen die EU-Programme Erasmus+ JUGEND IN AKTION, Erasmus+ Erwachsenenbildung bzw. »Europa für Bürgerinnen und Bürger« vor und zeigten den Teilnehmenden Fördermöglichkeiten für ihre transnationalen Projektideen auf.

Im Rahmen von offenen Projektwerkstätten wurden bereits existierende Projekte weitergedacht und neue Ideen gemeinsam diskutiert. In einer Werkstatt wurden Methoden gesammelt, mit denen Geflüchteten in einfacher Sprache und mit einfacher Symbolik Inhalte und Werte vermittelt werden können, in einer anderen ging es um die Idee, ein europaweites Projekt mit gehandicapten Geflüchteten anzustoßen.

Zusammenarbeit von kommunaler Ebene und Zivilgesellschaft besonders wichtig

Angesichts der komplexen Aufgaben, die sich mit der Flüchtlingsthematik stellen, sei – das betonte Walter Leitermann, Stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), – die Zusammenarbeit von Vereinen, Verbänden, Einrichtungen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen mit der kommunalen Politik und Verwaltung nun besonders wichtig. Aufgrund einer kürzlich vom RGRE durchgeführten Befragung unter den Mitgliedskommunen, über welche Themen sie sich angesichts der Flüchtlingsfrage gerne mit europäischen Partnern austauschen würden, wurden genannt: Organisation des Verhältnisses von ehrenamtlicher und professioneller Flüchtlingsarbeit, Integrationskonzepte, Akzeptanz von Flüchtlingen in der Bevölkerung, Anerkennungs- und Willkommenskultur und Arbeitserlaubnis.

Diesen integrativen Ansatz verfolgt das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger«: Es fördert diese Erfahrungsaustausche auf europäischer Ebene nicht nur zwischen den Fachverwaltungen, sondern unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, der organisierten Zivilgesellschaft und der Politik. Sie bieten die Chance, voneinander zu lernen und neue Lösungen für die Flüchtlingsthematik vor Ort zu finden.